08 2005

Partizipative Ökonomie

Michael Albert

Transkription eines Videos von O. Ressler,
aufgenommen in Woods Hole, USA, 37 Min., 2003

"Was wollt ihr eigentlich?" ist eine häufige Frage an AktivistInnen. "Partizipative Ökonomie" (kurz Parecon) ist eine mögliche Antwort darauf für den Bereich der Ökonomie. Sie ist eine Alternative zum Kapitalismus, die auf wenigen zentralen Werten und Institutionen basiert. Diese Werte sind: Gleichheit, Solidarität, Vielfalt und Selbstverwaltung.

Gleichheit bezieht sich darauf, wie viel wir für unsere Arbeit kriegen. Die Norm ist, dass wir für unsere Anstrengung entlohnt werden sollten, nicht für Eigentum oder Verhandlungsmacht. Solidarität ist der Begriff, dass Leute sich umeinander kümmern sollen und gemeinsam nutznießen sollen, statt in Gegensatz zueinander stehen und übereinander trampeln. Mehr Solidarität ist besser als weniger. Bei Vielfalt geht es um die Auswahl, die wir haben. Mehr Optionen zu haben ist besser als Homogenisierung und Reduktion der Anzahl der Optionen, die uns zur Verfügung stehen. Selbstverwaltung hat mit dem Ausmaß der Kontrolle zu tun, die wir über unser eigenes Leben haben. Selbstverwaltung bedeutet, dass wir bei den Entscheidungen, die uns betreffen, in

dem Ausmaß mitreden können, in dem wir von ihnen betroffen sind.

Die Entwicklung einer wirtschaftlichen Vision bedeutet für mich, sich Institutionen auszudenken, die Produktion, Konsum und Allokation auf eine Art ermöglichen, die Gleichheit, Solidarität, Vielfalt und Selbstverwaltung erhöhen statt verringern.

Diese Institutionen wären ArbeiterInnen- und KonsumentInnen-Räte, ausgewogene Arbeitsbündel, Entlohnung nach Anstrengung, und partizipative Planung.

ArbeiterInnen- und KonsumentInnen-Räte sind direktdemokratische Vehikel, durch die ArbeiterInnen und KonsumentInnen ihre Präferenzen entwickeln, organisieren und zum Ausdruck bringen können. In diesen Räten kommen selbstverwaltete Methoden zur Entscheidungsfindung zur Anwendung, um zu bestimmen, wie viel und was produziert und konsumiert werden soll.

Die Idee hinter ausgewogenen Arbeitsbündeln ist die Überwindung der gängigen Arbeitsteilung. Statt alle erfüllenden und ermächtigenden Arbeitenden auf wenige Leute aufzuteilen, und die entmächtigenden und Routine-Arbeiten auf den Rest abzuladen, teilen wir Arbeitsaufgaben und Verantwortungen auf, so dass alle von uns vergleichbar erfüllende Tätigkeiten haben und einen fairen Anteil an ermüdender Routinearbeit übernehmen. Das sollte dazu führen, dass nicht 20% der Leute die erfüllenden Arbeiten monopolisieren, und 80% mit den Routinearbeiten enden - eine Klassenspaltung, in der die erste Gruppe die KoordinatorInnenklasse ist, und die zweite die ArbeiterInnenklasse. Dessen entledigen wir uns durch ausgewogene Arbeitsbündel, die allen Arbeiten geben, die sie in ähnlichem Ausmaß ermächtigen.

Darüber hinaus soll das Ausmaß der Anstrengung die Bezahlung bestimmen. Wir erhalten Einkommen dafür, wie lange wir arbeiten, wie schwer wir arbeiten, und auch danach, wie ermüdend unsere Arbeit ist.

Schließlich ist da das Problem der Allokation. Wie wird entschieden, wie viel produziert wird? Von wem? Wo? Wohin gehen die Inputs? Wie wird mit den Ergebnissen umgegangen?

Die typische Prozedur dafür in den USA sind Märkte, in der Sowjetunion war es die zentrale Planung. Partizipative Ökonomie lehnt beide ab und schlägt stattdessen partizipative Planung vor. Die zentralen Elemente dieses Modells sind ArbeiterInnen- und KonsumentInnen-Räte, selbstverwaltete Entscheidungsfindung, Bezahlung nach Anstrengung, ausgewogene Arbeitsbündel und "partizipative Planung". Das System, das sich daraus ergibt, ist eine Alternative sowohl zum Kapitalismus als auch zum so genannten Sozialismus der Vergangenheit, der in Wahrheit eine Wirtschaft war, in der eine KoordinatorInnenklasse, die alle ermächtigende Arbeit monopolisiert hat, die Macht gehabt hat.

Nun zu den Details: In jeder Wirtschaft üben die Leute ihre wirtschaftliche Aktivität aus, ihre Arbeit. Diese Arbeit produziert einen Output, das Sozialprodukt. Die Frage ist nun immer, wie dieser Kuchen aufgeteilt werden soll, nach welchen Kriterien die Entlohnung erfolgen soll.

In manchen Wirtschaftssystemen ist eine der Normen, dass sich die Entlohnung nach dem Eigentum richten soll, das jemand besitzt, nach dem Produkt, das aus diesem Eigentum resultiert, das Profit genannt wird. Das ist ökonomisch nicht notwendig und führt zu einer ganzen Reihe von Ungerechtigkeiten, ist also abzulehnen.

Ein anderes Kriterium, das sowohl von der Harvard Business School als auch von den meisten Kriminellen vertreten wird, ist, dass wir danach entlohnt werden sollten, was wir kriegen können. Eine Art Hooligan-Zugang zur Verteilungsfrage. Wir verhandeln und nutzen unsere Macht, um mehr zu bekommen. Die Norm ist hier also, dass wir gemäß unserer Macht entlohnt werden sollten. Auch dieser Zugang ist weder ökonomisch erforderlich noch moralisch besonders weise, ist also auch abzulehnen.

Die dritte mögliche Norm ist, dass das Einkommen dem Ergebnis der eigenen Arbeitsanstrengung entsprechen sollte. Diese Norm scheint auf den ersten Blick wünschenswerter. Doch impliziert sie zum Beispiel, dass Michael Jordan, zu der Zeit als die Chicago Bulls Jahr für Jahr die US-Basketballmeisterschaft gewannen, jedes Jahr Millionen von Dollar für seine Arbeit erhalten soll. Und zwar, weil sie so sehr von der Gesellschaft geschätzt wurde. Die Gesellschaft wollte zuschauen, es bereitete ihr Vergnügen. Ob das auch Sinn machte, ist irrelevant.

Denken wir deshalb aber, dass Leute wie Michael Jordan für ihr Glück in der "genetischen Lotterie", wie man es nennen könnte, entlohnt werden sollte? Michael Jordan wurde mit bestimmten Fähigkeiten geboren, so wie einige andere Talente in verschiedenen Bereichen, die meisten anderen hingegen nicht. Dass daraus ein Anspruch auf hohes Einkommen erwächst, ist nicht einzusehen.

Es sollte auch kein Einkommensvorsprung für Leute daraus erwachsen, dass sie mit besseren Hilfsmitteln und Werkzeugen ausgestattet sind, und deshalb produktiver sind. Die Entlohnung sollte in Relation zur Anstrengung stehen, die uns die Arbeitet kostet. Arbeitet, die anstrengt, länger dauert, intensiver ist, sollte zu mehr Einkommen führen.

Was Entscheidungen betrifft: Man könnte wochenlang darüber philosophieren, wie Entscheidungen gefällt werden sollen, aber ich denke, es ist ganz einfach. Wenn eine Entscheidung nur mich betrifft, z.B. ob ich das Bild meiner Lebensgefährtin auf meinem Büroschreibtisch aufstellen darf, sollte ich diese Entscheidung treffen dürfen. Wenn es darum geht, im Gemeinschaftsbüro ein Radio aufzustellen, dann all jene, die davon betroffen sind. Alle Leute sollten ein Mitspracherecht in dem Ausmaß haben, in dem sie die Angelegenheit betrifft. Das ist die anzustrebende Idee, das ist Selbstverwaltung. Was das bedeutet, ist nicht im allgemeinen festlegbar. In einigen Fällen kann das heißen, dass alle je eine Stimme haben und Mehrheitsabstimmungen durchzuführen sind. In einigen Fragen wird es einer Dreiviertelmehrheit bedürfen. Einige Entscheidungen werden konsensual zu lösen sein, andere diktatorisch. Einige Entscheidungen werden von kleinen Gruppen im Rahmen der Beschlüsse einer größeren Gruppe zu treffen sein. Es gibt viele unterschiedliche Situationen, und die jeweilige Regel sollte nur die Methode zur Erreichung des ultimativen Ziels sein – der Selbstverwaltung.

Der alte Entscheidungsmechanismus in Jugoslawien war weit von diesem Ideal entfernt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Leute zur Zeit der Errichtung der jugoslawischen Wirtschaft Selbstverwaltung wollten. Die Arbeitenden sollten ihre Arbeitsplätze kontrollieren. In der alten sowjetischen Verfassung findet sich dasselbe. Die Beschäftigten in den sowjetischen Fabriken hätten die letzte Instanz sein sollen, die Entscheidungsmacht auf dem Arbeitsplatz. Tatsächlich waren das aber natürlich nicht sie, sondern die zentralen Planer. In Jugoslawien schuf das Marktsystem, das für die Allokation zuständig war, eine Dynamik, die die Arbeitsteilung in der jugoslawischen Fabrik hervorbrachte. Es brachte eine Situation

hervor, in der es das Management und das Ingenieurwesen gab, und andere Leute, die ein Monopol auf die täglichen Entscheidungen hatten und auf die ermächtigenden Arbeiten, die zu Wissen, Selbstvertrauen und Kenntnissen verhelfen, die für Entscheidungen und die Entwicklung von Plänen Voraussetzung sind. Und daneben gab es die 80 Prozent der Bevölkerung, die den Tag mit repetitiver und ermüdender Arbeit verbrachten. Sie hatten durch die Verfassung zwar eine formale Macht, aber keine wirkliche. Wenn die ArbeiterInnenräte in Jugoslawien schließlich zu Entscheidungen zusammenkamen, dominierten die 20 Prozent, die alles Wissen und Selbstvertrauen hatten. Um wahre Selbstverwaltung und Klassenlosigkeit zu erlangen, muss das beseitigt werden, und die Aufgabe der Selbstverwaltung muss strukturell erreicht werden, durch Institutionen, die sie ermöglichen. Der Schlüssel dazu sind ausgewogene Arbeitsbündel und der Allokationsmodus.

Zuerst gilt es zu klären, was der Begriff "ausgewogene Arbeitsbündel" bedeutet: An jedem Arbeitsplatz gibt es unzählige Dinge zu tun. Der übliche Weg, die Arbeit aufzuteilen, ist, diese Aufgaben in Jobs aufzuteilen. Ein Job ist eine Mischung aus Aufgaben, ein Bündel von Verantwortlichkeiten und Aufgaben. Durch die Kombination der Aufgaben kann man Hierarchien einrichten: An der Spitze sind die ermächtigenden Aufgaben - sie haben nicht nur Fähigkeiten und Wissen zur Voraussetzung, sondern liefern den Ausführenden auch Fähigkeiten und Wissen. Sie übertragen Selbstvertrauen und Kontrolle über die Vorgänge am Arbeitsplatz. Je tiefer man die Hierarchie hinuntergeht, desto routinierter und untergeordneter wird es. Die Leute dort werden durch ihre Arbeit ihrer Fähigkeiten und Talente beraubt.

In diesem Kontext wird die Gruppe am Ende der Leiter von der Gruppe ganz oben beherrscht und das ist die Klassenspaltung in

koordinierende und arbeitende Klassen. Wenn das beseitigt wird, wenn es ausgewogene Arbeitsbündel gibt, wenn jeder Job den gleichen Anteil ermächtigender und Routine-Aufgaben umfasst, dann sind in den ArbeiterInnenräten alle in der Lage, über die gemeinsamen Aufgaben, über die Tagesordnung, die Entscheidungen zu beraten. Niemand kann die anderen dominieren, weil alle vergleichbare Arbeiten haben. Die Arbeiten sind unterschiedlich, aber vergleichbar im Hinblick auf ermächtigende Aspekte.

Ein häufiger Einwand gegen dieses Modell ist, dass unter dieser Einteilung die hochproduktiven Leute einen Teil ihrer Zeit verschwenden würden. Wäre es nicht für die Gesellschaft gewinnbringender, wenn sich jede/r darauf konzentriert, was er/sie am besten kann? Die Antwort ist: Während es bis jetzt so ist, dass bei 80 Prozent der Leute Fähigkeiten und Talente in der Arbeit vernichtet werden, während einige Genies sich entfalten können, wird bei ausgewogenen Arbeitsbündeln das Beste aus allen herausgeholt.

Es wird in einer partizipativen Ökonomie vermutlich mehr Mozarts geben, dafür auf einem etwas niedrigeren Niveau. Wir werden diese Talente in mehr Menschen entdecken. Zudem fließt in einer Wirtschaft wie der jetzigen das kreativste Talent in den Verkauf von Dingen, nicht in die Produktion von Kunstwerken, die den Leuten Freude bringen, sondern in die Produktion manipulativer Bilder und Worte die versuchen, die Leute zu Dingen zu bringen, die sie von selbst nicht machen würden, wie etwa in der Werbung. Dorthin geht das meiste künstlerische Talent. In einer partizipativen Ökonomie verbringt jede talentierte Person eine gewisse Zeit damit, ihr Talent nicht einzusetzen, dafür werden aber insgesamt mehr Talente entdeckt, und sie werden für sinnvollere Zwecke eingesetzt.

Aber nehmen wir einen anderen Fall, etwa eine Chirurgin. Ist es vorstellbar, dass diese hochqualifizierte Spezialistin einen Teil ihrer Zeit damit verbringt, die Betten zu machen? Die Antwort ist: ja. Erstens verbringen auch im Kapitalismus ChirurgInnen ihre Arbeitszeit nicht ausschließlich mit Chirurgie, sondern ebenso mit Golf spielen und mit der Manipulation und Erhaltung der Machthierarchie am Arbeitsplatz.

Aber auch wenn das nicht so wäre - wäre der Gewinn, den wir durch ausgewogene Arbeitsplätze erlangen würden, nämlich einen gleichberechtigten Arbeitsplatz und eine Beseitigung der Klassenspaltung, nicht den Verlust an Chirurgie-SpezialistInnen-Output wert? Außerdem wird mit jenen 80 Prozent der Bevölkerung, die vorher ausschließlich eintönige Arbeiten verrichteten, ein breiterer Pool möglicher ChirurgInnen erschlossen.

Um zu sehen, wie das funktioniert, muss man in Betracht ziehen, dass in den USA die American Medical Association eine Institution von ÄrztInnen ist. Sie existiert nicht, um die Gesundheitsvorsorge voranzubringen, sondern die Privilegien von ÄrztInnen zu verteidigen. Und das tut sie vor allem, indem sie andere daran hindert, die Talente und Fähigkeiten zu erwerben, um medizinische Arbeit zu leisten. Sie hindert Krankenschwestern daran, mehr zu tun als die begrenzte Arbeit, die ihnen begrenzte Verhandlungsmacht verleiht, was den ÄrztInnen mehr Vermögen aus der Gesundheitsvorsorge überlässt. Wenn wir also zu ausgewogenen Arbeitsbündeln wechseln, gewinnen wir nicht nur Gleichheit, Vielfalt und Solidarität, sowie die Beseitigung diverser Übel, die aus der Klassenspaltung herrühren, sondern sogar was die Produktivität betrifft, gewinnen wir produktive Potenziale und Fähigkeiten jener 80 Prozent der Bevölkerung, die in einer Klassengesellschaft unterdrückt werden.

Jenseits von Entlohnung und Arbeitsteilung muss jede Wirtschaft die Allokationsfrage lösen. Das ist der kompliziertere Teil von Wirtschaft. Es geht hier um die Bestimmung, wie viel Inputs jedes Unternehmen erhält, wie viel es damit produziert, und was und wie das bewertet wird.

Die archetypischen wirtschaftlichen Allokationssysteme sind Märkte und zentrale Planung. Im Fall von Märkten konkurrieren KäuferInnen und AnbieterInnen untereinander. Sie versuchen, sich einen Vorteil zu verschaffen, und wenn der/die KäuferIn einen Vorteil erzielt, verliert der/die AnbieterIn. Das ist die Dynamik des Wettbewerbs. Im Fall zentraler Planung gibt es einen Planungsapparat, der die relativen Inputs und Outputs aller Einheiten bestimmt. Im Marktsystem ist es die Wettbewerbsdynamik zwischen AnbieterInnen und KäuferInnen, die zur Bestimmung von Inputs und Outputs führt. Bei zentraler Planung ist es der Befehl von oben. Partizipative Ökonomie hingegen hat ein anderes Allokationssystem - die partizipative Planung.

Beschäftigte in ArbeiterInnenräten, die Individuen, Gruppen und Branchen beinhalten, und KonsumentInnen in KonsumentInnenräten, die einzelne und Gruppen von KonsumentInnen beinhalten, müssen zu wirtschaftlichen Entscheidungen kommen. Auf jeder der beiden Seiten muss es Gruppen geben, weil ein bedeutender Anteil des Konsums kollektiv erfolgt: Parks, Straßen, Luft etc.

Zwischen den KonsumentInnen- und ArbeiterInnenräten muss es Kommunikation geben. Die Kommunikation der zentralen Planung hat die folgende Form: Ein zentraler Planer gibt seine Instruktionen weiter, und alle melden zurück, ob sie die Vorgaben erfüllen können - ein autoritäres System. In einem Marktsystem

schlägt im wesentlichen jede/r AkteurIn vor, was er/sie tun möchte, und konkurriert im Versuch, so viel für sich herauszuschlagen wie möglich. Die EigentümerInnen versuchen so viel Profit zu erzielen wie möglich, die Beschäftigten versuchen so hohe Löhne zu erzielen wie möglich, die KonsumentInnen versuchen so billig wie möglich zu kaufen und so weiter.

Bei partizipativer Planung hingegen schlagen die KonsumentInnen ihre Pläne vor, ebenso die Beschäftigten. Aufgrund der institutionellen Rahmenbedingungen sind beide Parteien in der Lage, die Pläne der anderen zu bewerten und zu verstehen. Es gibt dann eine zweite Runde, in der alle Seiten ihre Vorschläge im Lichte des Feedbacks der anderen überarbeiten. Und eine dritte und vierte Runde etc.: Eine bewusste kooperative Anstrengung zur Festlegung der Inputs und Outputs, ein kooperatives verhandelndes Planen zwischen allen Beteiligten.

Partizipative Planung bezieht die wahren sozialen Kosten und Nutzen ein und lässt die Beteiligten die Entscheidungen in dem Ausmaß beeinflussen, in dem sie von ihnen betroffen sind. Das Endergebnis sollte dann mit den Wünschen der Beteiligten übereinstimmen.

Was passiert, wenn es in einem Land eine partizipative Ökonomie gibt und in einem anderen eine kapitalistische Wirtschaft? Das kommt darauf an. Wenn es eine partizipative Ökonomie in einem relativ kleinen Land gibt und die kapitalistische Wirtschaft die USA ist, werden die USA versuchen, das andere zu vernichten, aufgrund der "Gefahr des guten Beispiels". Die USA werden verhindern wollen, dass der Welt gezeigt wird, dass es möglich ist, eine Wirtschaft in einer Form zu organisieren, die human und nutzenstiftend ist, Bedürfnisse befriedigt, Potenziale entwickelt und Werte unterstützt, die die Menschen anstreben. Wenn eine

Bewegung sich einer partizipativen Ökonomie nähert, sagen wir in Brasilien, Argentinien oder irgendeinem anderen Staat der Welt, wird es immensen internationalen Druck geben, diesem Prozess zu widerstehen und ihn umzudrehen, vor allem von den USA, Europa und anderen. Sogar wenn so eine Bewegung in Frankreich oder Italien entstehen würde, und sie nicht gleichzeitig woanders passieren würde, gäbe es starken Druck von den USA. Darum geht es beim Empire. Die Möglichkeit, diesem Druck entgegenzuarbeiten, liegt dann bei den Bevölkerungen in den USA, Deutschland, Europa etc. Bewegungen in diesen Ländern müssen Bewegungen woanders davor beschützen, von hier aus niedergeschlagen zu werden.

Partizipative Ökonomie wird sich nicht in den USA oder Kuba oder Südafrika oder sonst wo in nächster Zeit durchsetzen. Es braucht Zeit. Aber welchen Sinn hat es dann, diese Vision für die Zukunft im Kopf zu behalten?

Es ist deshalb sinnvoll und entscheidend, weil die Leute AktivistInnen ständig fragen, wofür sie eigentlich sind. Allen Argumenten der Bewegung begegnen sie mit: "Sei doch realistisch!". Sie leugnen nicht die Probleme, auf die Bewegungen hinweisen (Krieg, Ausbeutung, Armut etc.). Jeder weiß, dass es das gibt. Aber die meisten engagieren sich nicht dagegen, weil sie denken, es handelt sich um unveränderbare Dinge, wie Naturgesetze, zu denen es keine Alternative gibt.

Eine Vision ist von entscheidender Bedeutung, um diesen Zynismus zu überwinden. Wir brauchen eine bestechende Vision, die sich viele Leute mit der Zeit zu eigen machen können, die Leuten Hoffnung gibt, die ihnen das Gefühl gibt, dass etwas Besseres möglich ist.

Wenn ich hart arbeite und wenig Freizeit habe und jemand fordert mich auf, mich einer Bewegung anzuschließen, was Mühsal und Risiken bedeutet, werde ich zögern, mich anzuschließen, wenn die Wahrscheinlichkeit, den Kampf zu gewinnen, sehr gering ist, und ein Sieg wenig bringt, weil er wahrscheinlich zurückgeschlagen werden wird. Wenn ich aus Erfahrung das Gefühl habe, der Kapitalismus macht jeden kleinen Gewinn (Lohnerhöhung, Arbeitsbedingungen, Demokratie) wieder zunichte, warum sollte ich mich einer Bewegung anschließen, die genau diese Allmacht dieses Kapitalismus seit 30 Jahren kritisiert? Das sieht doch hoffnungslos aus.

Manche Leute rufen dazu auf, einfach aus Prinzip den Kampf aufzunehmen. Das ist es vielen Leuten aber nicht wert. Sie wollen ihre Familien nicht gefährden. Deshalb brauchen wir eine Vision - um zu kommunizieren, dass es nicht bloß ums Prinzip geht, sondern um einen Kampf für etwas Reales. Eine Strategie brauchen wir auch. Wir müssen das Bild transportieren, dass die Beteiligung der Leute ihnen unmittelbaren Nutzen bringt, der dauerhaft ist und in einer ganz neuen Welt endet. Es ist vor allem ein emotionaler und psychologischer Grund.

Ein weiterer Grund, warum wir eine Vision brauchen, ist, um uns in unseren Handlungen zu orientieren. Es ist gut möglich, für eine neue Welt zu kämpfen, und mit etwas zu enden, das wir uns gar nicht gewünscht haben. Das ist immer wieder passiert. Wir müssen also wissen, was wir erreichen wollen. Wenn wir etwa partizipative Ökonomie als Ziel haben, hat das Implikationen für die Organisation und Entwicklung der Bewegung, für die interne Arbeitsteilung in den Bewegungen, z.B. die Einrichtung ausgewogener Arbeitsbündel. Unser Aktivismus sollte in die Wirtschaft führen, die wir wollen. Wir sollten nicht bestehende

Hierarchien reproduzieren, wir sollten nicht bestehende Entlohnungsnormen einsetzen.

Wir sollten Angebote stellen in Hinblick auf die internationalen Beziehungen, Forderungen an Organisationen wie IWF und Weltbank , die nicht bloß gut sind im Sinne von nutzenbringend für die Menschen, sondern auch solche, die zu dem führen, was wir uns vorstellen. Eine Vision kann Motivation bringen, Hoffnung, Verpflichtung und Orientierung.

Keine Vision zu haben, ist wie auf den Flughafen zu gehen ohne zu wissen, wohin ich fliegen will. Geld herzugeben, und sich einfach irgendein Ticket ausstellen zu lassen, führt einen vermutlich irgendwohin, wo es vielleicht noch schlechter ist als hier. Das ist keine gute Idee. Das gleiche gilt für soziale Ziele.

erschienen in: "Alternative Ökonomien, Alternative Gesellschaften", Kurswechsel 1/2005
Bei den in diesem Band erschienen Texten wurden die Übersetzungen der englischen Originaltranskripte von Waltraud Heinz, Werner Raza, Oliver Ressler, Elisabeth Springler und Beat Weber vorgenommen.